
FAMILIENPOLITIK –
VIELFALT OHNE FOKUS

Rezension von: Christoph Badelt
(Hrsg.), Familien zwischen
Gerechtigkeitsidealen und Benach-
teiligung, Böhlau Verlag, Wien 1994,
197 Seiten, öS 380,-.

Das vorliegende Buch gibt zum Großteil die Vorträge und Diskussionen der Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF) wieder. Der Titel wurde von VertreterInnen der verschiedensten Disziplinen interpretiert. So finden sich als wissenschaftliche Fachrichtungen Psychologie, Soziologie, Rechtswissenschaft, Ökonomie und Politikwissenschaft in dem Buch vereint. Auch die Themenstellungen sind recht unterschiedlich: es geht um Jugend, um Frauen, um AusländerInnen, um AlleinerzieherInnen usw.

Im ersten Artikel stellt Anton Pelinka unter dem Titel „Gesellschaftspolitische Vorstellungen von Gerechtigkeit und ihre Relevanz für Familienkonzepte“ seine Überlegungen zu Familie und Familienpolitik dar. Obgleich Familien sich im Lauf der Zeit verändert haben und speziell ihre wirtschaftliche Bedeutung als Versorgungssystem stark verringert wurde, besitzen sie nach wie vor eine starke Sozialisierungsfunktion. Selbst autoritäre Systeme haben es nicht geschafft, die Familie als Ort, an dem Bewußtsein und Verhalten geprägt werden, völlig abzulösen. Pelinka kommt damit zu dem Schluß, daß Familien sich aufgrund ihres privaten Charakters zwar weitgehend dem politischen Zugriff entziehen, daß aber gerade wegen ihrer Sozialisierungsfunktion gesellschaftlich strukturelle

Änderungen nur über Eingriffe in die Autonomie der Familie erzielt werden können.

Klaus Wahl stellt in seinem Beitrag verschiedene Leit- (bzw. Leid-)bilder von Familien dar. So sehr sich die Strukturen ändern und sich dementsprechend die Familienformen pluralisieren, so sehr glaubt eine große Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor an ein idealisiertes Bild der Familie aus Eltern und zwei Kindern. Hier muß es zu Konflikten kommen (daher auch die Leidbilder). Das moderne Familienbild und das moderne Menschenbild (die Idee der Individualität) können einander nur teilweise ergänzen, vielfach müssen sie gegeneinander stehen. Auch das Leben in der Familie wird vielfach idealisiert. Archetypische Bilder wie der gemeinsame Abendtisch, das gemeinsame Weihnachtsfest können in der Realität selten bis gar nicht erreicht werden. Vielmehr ist die Familie heute „so etwas wie die ‚Knautschzone‘ der modernen Gesellschaft geworden. Wo diese Knautschzone versagt, schlägt sich dies leicht in Erscheinungsformen wie Krankheiten, Depressionen oder Gewalttätigkeiten in Familien nieder.“ (S. 21)

Die Menschen kommen in eine Modernisierungsfalle „zwischen den mythologischen Verheißungen des modernen Familienbildes, des modernen Menschenbildes und des modernen Gesellschaftsbildes auf der einen Seite und ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Erfahrung (speziell auch in Familien) auf der anderen Seite.“ (S. 22) Es zeigt sich, „daß das Problem vieler heutiger Familien nicht darin besteht, daß diese selbst angeblich „modernistische“ Leitbilder entwickelten und statt dessen andere verschrieben bekommen müßten, [...] sondern daß im Gegenteil die meisten Menschen immer noch relativ idealisierte Bilder vom Familienleben (auch in seinen heutigen pluralistischen Formen) entwickeln, jedoch in der Alltagserfah-

nung dann häufig scheitern, die Realität diesen Idealen anzupassen.“ (S. 22)

Wenngleich im Buch nicht darauf folgend, paßt meines Erachtens der Beitrag von Wilk zu dieser Thematik. Sie stellt die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zu „Familienstruktur und Benachteiligung“ dar. Dabei zeigt sich, daß Familienformen, die nicht der idealtypischen Familie entsprechen, nach wie vor benachteiligt sind: „Eineltern- und Stieffamilien stellen in unserer Gesellschaft benachteiligte Familienformen dar, die im allgemeinen Kindern ungünstigere Entwicklungs- und Lebensbedingungen bieten als Kernfamilien. Hiefür scheint bei Einelternfamilien vorwiegend eine schlechte sozioökonomische Situation von Bedeutung zu sein, bei Stieffamilien die Schwierigkeit, die familialen Beziehungen befriedigend zu gestalten.“ (S. 112) Während also AlleinerzieherInnen unter schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen leben, ihren Kindern aber durchaus genügend Zeit und Zuwendung widmen, haben Stieffamilien oft keine Chance, Beziehungen und Vertrauen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern in ausreichendem Maß aufzubauen. Diese Problematik wird von außen teilweise (mit-)verursacht. Eine Politik, die sich auf der Makro- wie auf der Mikroebene von der Zwei-Eltern-Kernfamilie als Idealtypus ausgeht, kann anderen Familienformen nicht gerecht werden, vor allem auch daher, daß Familienformen wie Eineltern- oder Stieffamilien vielfach als „zweite Wahl“ entstanden sind und die Mehrzahl der in diesen Lebensformen Lebenden selbst ein Leben in einer „Kernfamilie“ bevorzugen würden.

Wilk definiert in ihrem Beitrag auch noch einen dritten Typ der benachteiligten Familienformen: die Mehrkindfamilien. Dieser fällt aber meines Erachtens hier völlig aus dem Rahmen. Nicht nur handelt es sich dabei wohl

nur in den wenigsten Fällen um eine von außen verursachte Benachteiligung, es stellt sich die Frage, warum dann nicht genau so ArbeiterInnenfamilien oder generell einkommensschwache Familien als benachteiligt definiert werden. Interessanterweise wird im Buch lediglich hier (und in der Zusammenfassung) zur oft geführten Diskussion zwischen horizontaler und vertikaler Umverteilungsfunktion der Familienpolitik Stellung bezogen. Daher soll sie auch in dieser Rezension ausgespart bleiben (es sei auf die regelmäßigen Schlagabtausche zwischen Hieden-Sommer, Badelt, Schattovits et alii verwiesen).

Aus Mikulas Beitrag, der sich mit Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb der Familien aus sozialpsychologischer Sicht auseinandersetzt, sei hier nur auf das (nicht sehr überraschende) Ergebnis hingewiesen, daß Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb der Familien nicht unabhängig von den Rahmenbedingungen der umgebenden Gesellschaft sind. Dies führt beispielsweise dazu, daß Frauen, die zwar eine ungleiche Aufteilung der Hausarbeit erleben und auch diagnostizieren, dies oft nicht als ungerecht empfinden, da es eben den Geschlechterrollen entspreche. Ähnliche Beispiele findet man selbstverständlich auch für unterschiedliche Behandlung von Kindern. Hier fällt einem die eingangs zitierte Pelinka-These ein, daß nur Eingriffe in die Autonomie der Familien strukturelle Änderungen herbeiführen könnten.

Der einzige ökonomische Artikel stammt von Jenkins und befaßt sich mit der innerfamiliären Verteilungsproblematik. Er stellt verschiedene ökonomische Ansätze dar, die den Haushalt bzw. die Familie nicht als *black-box* sehen, sondern die individuellen Verhaltensweisen und Einkommensverteilungen untersuchen. Es geht dabei nicht nur um die Verteilung von Einkommen oder Arbeit zwischen Mann und Frau, sondern auch um die

Verteilungssituation der Kinder. Wenngleich es bei diesen Untersuchungen viele methodische Probleme gibt (Stichwort: Äquivalenzskalen), so zeigt sich doch, daß sich die Ergebnisse wesentlich von den Verteilungsuntersuchungen auf Haushaltsebene unterscheiden, daß es also durchaus sinnvoll ist, zur Untersuchung der individuellen Lebensstandards in diese *black-box* der Familie hineinzugehen.

Zwei juristische bzw. politologische Artikel beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Frauen- zu Familienrechten bzw. -interessen. Aichhorn analysiert das österreichische Ehe- und Familienrecht und Schunter-Kleemann die Ansätze, die es auf EU-Ebene gibt. Beide Beiträge haben als Grundtenor, daß Frauen sowohl innerösterreichisch als auch auf EU-Ebene den Männern nicht völlig gleichgestellt sind. Es geht ja nicht nur um den Gesetzesbuchstaben selbst, sondern auch darum, welche Auswirkungen er in der Realität hat. So behauptet Aichhorn, „daß nicht die Institution Familie zu den Interessen der Frau in Gegensatz steht bzw. stehen kann, sondern daß sich dahinter ein Interessenkonflikt zwischen den Geschlechtern verbirgt, der in der Realität der Familie meist rasch deutlich wird.“ (S. 97) Daher ist ihr zu unterstützender Vorschlag, daß Gesetzesnovellen im Bereich des Ehe- und Familienrechtes von gesellschaftspolitischer Bewußtseins- und Informationsarbeit begleitet werden müßten. Und Schunter-Kleemann diagnostiziert nach einer Analyse der verschiedenen ideologischen Konzeptionen der Familienpolitik (sozialdemokratisch, liberal, konservativ): „Unsere Erörterung verdeutlichte, daß Mindestnormen, die die Besonderheiten und spezifischen Risikolagen des Frauenlebens unter Bedingungen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zum Thema machen, von den Entscheidungsorganen der Gemeinschaft bisher nicht oder nur sehr eingeschränkt bearbeitet wurden. [...] Ei-

nigkeit in Fragen der Gleichbehandlung der Geschlechter wurde bisher im Ministerrat nur dann erzielt, wenn sich die gemeinschaftlichen Richtlinienvorschläge strikt auf das „Marktgeschehen“ bezogen. Berührten Richtlinienvorschläge dagegen die heikle Vereinbarkeitsproblematik und damit die Familienpolitikkompetenz der Mitgliedstaaten, so konnten bisher auf europäischer Ebene so gut wie keine Rechtsfortschritte erzielt werden.“ (S. 170)

Ein sehr interessanter Beitrag stammt von Matuschek. Die Autorin hat die staatliche Diskriminierung von ausländischen Familien in Österreich untersucht. „Diskriminierung heißt nach diesem Konzept Beeinflussung des Zuganges von Ausländern zu knappen Ressourcen einer Gesellschaft mit dem Ziel, die Konkurrenz zwischen Ausländern und anderen gesellschaftlichen Gruppen zu steuern. Dieser Prozeß bewirkt eine neue Verteilung von Arbeit, Wohlstand, Ansprüchen usw., die die Benachteiligung und ungleiche Lebenssituation der Ausländer strukturell verursacht. Die kulturellen Besonderheiten der Fremden [...] haben eine geringere Bedeutung als solche Ungleichheit auslösende Faktoren, da diese den Privatbereich, nicht aber ihre Fähigkeiten als Marktteilnehmer bestimmen.“ (S. 129)

Nach einem ausführlichen Überblick über die Geschichte der Politik gegenüber ausländischen Arbeitskräften seit den sechziger Jahren folgt eine Analyse der familiären Folgen dieser Politik. Da die AusländerInnen am Arbeitsmarkt diskriminiert werden, hat dies natürlich auch Folgen für die Situation der Familien. So sind ausländische Familien wesentlich mehr in ihrer ökonomischen Existenz auf die Arbeit mehrerer Familienmitglieder angewiesen; ausländische Frauen haben daher eine wesentlich höhere Erwerbsbeteiligung als österreichische. Durch die Geldknappheit haben die ausländischen MitbürgerInnen zu we-

nig Möglichkeit, geldaufwendige Integrations- oder Rückkehrleistungen zu finanzieren, wie Wohnung oder Hausbau. Damit sind sie zu einem Substandard-Leben im fremden Land gezwungen. Dieses Leben wird durch die Sozialpolitik keineswegs erleichtert. Bei Notstandshilfe, Sozialhilfe, Familienbeihilfe, Wartefristen usw. gibt es eine Vielzahl an Ungleichbehandlungen zwischen In- und AusländerInnen. Neben der Arbeit wird aufgrund der diskriminierenden Behandlung durch den Staat für ausländische Familien das Wohnen das zweitgrößte Problem. Aufenthalts- und Familienzusammenführungsregelungen tun ein übriges, um die Situation zu verschlechtern. Ein hoher Anteil der ausländischen Familien lebt in ökonomischer Armut und (sozial-)rechtlicher Unsicherheit. So bilanziert Matuschek:

„Der österreichische Staat hat die Anwendung universeller Normen wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität gegenüber den ausländischen Familien reduziert und dem sozialpolitischen Handeln stärker partikuläre, nationale Normen unterlegt. Er ist bestrebt, die Kosten-Nutzen-Bilanz der Ausländerbeschäftigung und der Anwesenheit der ausländischen Wohnbevölkerung positiv zu halten. [...] Die Möglichkeiten der Familien, durch Veränderungen in den Arbeitspositionen bzw. in den Primäreinkommen, ihre Bedürfnisse zu kompensieren oder zu korrigieren, sind strukturell eingeengt. Ihre Ungleichheit in den Bürgerrechten verhindert ihre Möglichkeiten, aus diesen deprivierten Situationen wieder herauszukommen.“ (S. 150)

In seinem zusammenfassenden Beitrag geht Badelt auf die Folgerungen aus den einzelnen Beiträgen für die Familienpolitik ein. Dabei wird zunächst die Frage nach der Zielverfolgung von Familienpolitik gestellt. Badelt diagnostiziert eine zunehmende Funktionalisierung der Familienpolitik: Familienpolitik wird als Mittel für andere gesellschaftspolitische Zie-

le eingesetzt (Finanzierung der Pensionsversicherung, Beeinflussung des Arbeitskräfteangebots etc.). Wahlfreiheit der Familien(formen) wird zwar vielfach postuliert, aber durch die Rahmenbedingungen meist nicht ermöglicht.

Badelt wünscht sich eine Familienpolitik, die diese Wahlfreiheit ermöglicht, die aber auch beim Scheitern an Zielen helfend eingreift. „Die bloße Orientierung an Idealen wiederum führt zu einer unakzeptablen Verhärtung der Politik und entfernt Politik von jeder Menschlichkeit, wie dies z. B. gerade aktuell bei konservativ-katholischen Wertepositionen illustriert wird. Rationale und politisch reife Familienpolitik wird daher nicht umhin können, die verfolgten Werturteile, die sich unter anderem in der Gewichtung der angeschnittenen Dimensionen manifestieren, transparent zu machen.“

So sehr dieses Schlußplädoyer zu unterstützen ist, so ist doch eine Kritik an der Konzeption des Buches anzubringen: Der erste Eindruck, daß die Artikel nur wenig miteinander zusammenhängen, bleibt auch nach der Lektüre erhalten. Gleichzeitig gehen die einzelnen Artikel aber nicht wirklich in die Tiefe ihrer ureigensten Disziplin. Hat man sich schon etwas eingehender mit der Familienthematik beschäftigt, so finden sich nicht wirklich sehr viele neue Ideen oder Analysen in dem Buch.

Obwohl bei der heute viel zu starken eindimensionalen Ausrichtung der verschiedenen Fachwissenschaften ein interdisziplinärer Ansatz durchaus zu begrüßen ist, scheint dieser hier nicht ganz geglückt zu sein. Es wird ja nicht ein durchgängiges Thema aus verschiedenen fachlichen Blickwinkeln betrachtet, sondern es handelt sich um durchaus unterschiedliche Interpretationen des Oberthemas „Benachteiligte Familien“ ohne einen gemeinsamen Nenner.

Befaßt sich jemand das erste Mal mit den Schwierigkeiten und Vielschich-

tigkeiten der Familienpolitik, so bietet das Buch sicherlich einen leicht lesbaren Einstieg. Interdisziplinarität hat nun einmal den Vorteil, daß sich die einzelnen WissenschaftlerInnen bemühen müssen, ihre Ergebnisse und Analysen auch für Fachfremde verständlich zu machen. Diesem Anspruch wird der Band durchaus gerecht. Schließlich möchte ich mich einem Rat anschließen, der in dem Buch gegeben wird: „Die Diagnose der Be-

nachteiligungen zeigte, daß eine stärkere Fokussierung der Familienpolitik wünschenswert ist. Je stärker dies geschieht, desto mehr orientiert sich Familienpolitik an Problemen und nicht am Idealzustand.“ (S. 193). Der Ruf nach stärkerer Fokussierung gilt allerdings bereits auch für die Analyse, da man sonst den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht.

Agnes Streissler